



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

06.06.02

Stellungnahme der Stadt Dortmund zum Gebietsentwicklungsplan

Presseerklärung

Die Stellungnahme der Stadt Dortmund zum Entwurf des Gebietsentwicklungsplanes ist aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in mehrfacher Hinsicht kritikwürdig.

Im Grundsätzlichen versucht die Verwaltung zu belegen, dass neben der räumlichen Planung zunehmend auch die Kooperation von Gebietskörperschaften wichtig ist und der Gebietsentwicklungsplan lediglich ein Instrument sei, um Prozesse, die sich auch räumlich niederschlagen, zu beeinflussen. Unsere Fraktion hält es gerade aufgrund der zunehmenden regionalen Kooperation für unbedingt erforderlich, dass im Sinne einer übergreifenden und nachhaltigen räumlichen Planung der Gebietsentwicklungsplan verbindliche Planungsgrundlage für die Kommunen in diesem Gebiet ist.

Die Stadt Dortmund macht demgegenüber an verschiedenen Punkten deutlich, dass sie diese Grundlage nicht als verbindliche Vorgabe akzeptiert. So wird behauptet, dass der GEP-Entwurf den Anforderungen an eine regionalplanerische Steuerung aus Sicht des Oberzentrums nicht im notwendigen Umfang gerecht wird. Dabei geht es letztlich ausschliesslich um die Durchsetzung von quantitativen Flächenansprüchen, die in dem Gebietsentwicklungsplan ausdrücklich zugunsten regionaler Grünzüge als Freiflächen gesichert werden sollen.

Drei Beispiele machen dieses Anliegen der Stadt deutlich:

Das Interesse an den sogenannten gewerblichen Suchräumen Brechtener Niederung und Salinger Feld wird deutlich artikuliert, wobei der Nachweis ausbleibt, ob es zukünftig überhaupt einer weiteren Ausweisung von Gewerbeflächen bedarf. In Frage zu stellen ist in diesem Zusammenhang auch die aus unserer Sicht unrealistische Prognose in Bezug auf zu schaffenden Arbeitsplätze.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Das wesentlichere Argument für die Ablehnung der Flächenansprüche findet sich im Gebietsentwicklungsplan selbst. Es sind regionale Grünzüge betroffen, die für das Plangebiet von hohem ökologischen Wert sind. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten die Auffassung, dass die Stadt Dortmund damit das an anderer Stelle deutlich unterstützte Ziel nachhaltiger Entwicklung konterkariert.

Ähnliches gilt für den regionalen Grünzug zwischen Brackel und Asseln, der für die REWE-Erweiterung geopfert wird.

Die Stellungnahme der Stadt macht darüber hinaus deutlich, dass sie nicht gewillt ist, andere Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung zu akzeptieren, als die eigenständig ermittelten. Die Orientierung des Regierungspräsidenten an den divergierenden Zahlen des Landesamtes wird entsprechend kritisiert.

Aus der hausgemachten und äußerst fragwürdigen Prognose wird abgeleitet, dass es einen entsprechenden Spielraum für allgemeine Siedlungsbereiche geben muss, um dem Bevölkerungsverlust entgegenzusteuern. Auch hier gibt es einen deutlichen Widerspruch zwischen dem Anspruch der Sicherung von Freiraumqualität für attraktives Wohnen und einer gnadenlosen Zersiedelung von Freiraum, um den Abwanderungstrend zu stoppen.

Letztlich macht die Stadt deutlich, dass sie ihren seit Jahrzehnten verfolgten Problemlösungskurs der Sicherung von Flächenquantität beharrlich weiterverfolgt und weit davon entfernt ist, Vorbildfunktion im Sinne von nachhaltiger Stadtentwicklung wahrzunehmen. Der Gebietsentwicklungsplan wird diesem Anspruch in weit größerem Maß gerecht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Stellungnahme der Verwaltung in der vorliegenden Form auf keinen Fall unterstützen.